

EINE GEMEINSAME PUBLIKATION des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

2024 · JAHRGANG 21 · 3. QUARTAL · VIERTELJÄHRLICHER INFOLETTER · WWW.DEMOGRAFISCHE-FORSCHUNG.ORG



VIENNA INSTITUTE OF DEMOGRAPHY

## Fairere Renten

Sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen haben eine geringere Lebenserwartung. Das hat auch zur Folge, dass sie die Renten der Wohlhabenderen mitfinanzieren. Es wären aber durchaus Reformen der Rentensysteme denkbar, mit denen man dieser Ungerechtigkeit begegnen könnte.

Wie stark profitieren unterschiedliche sozioökonomische Gruppen von ihren Einzahlungen in die Rentenkasse?

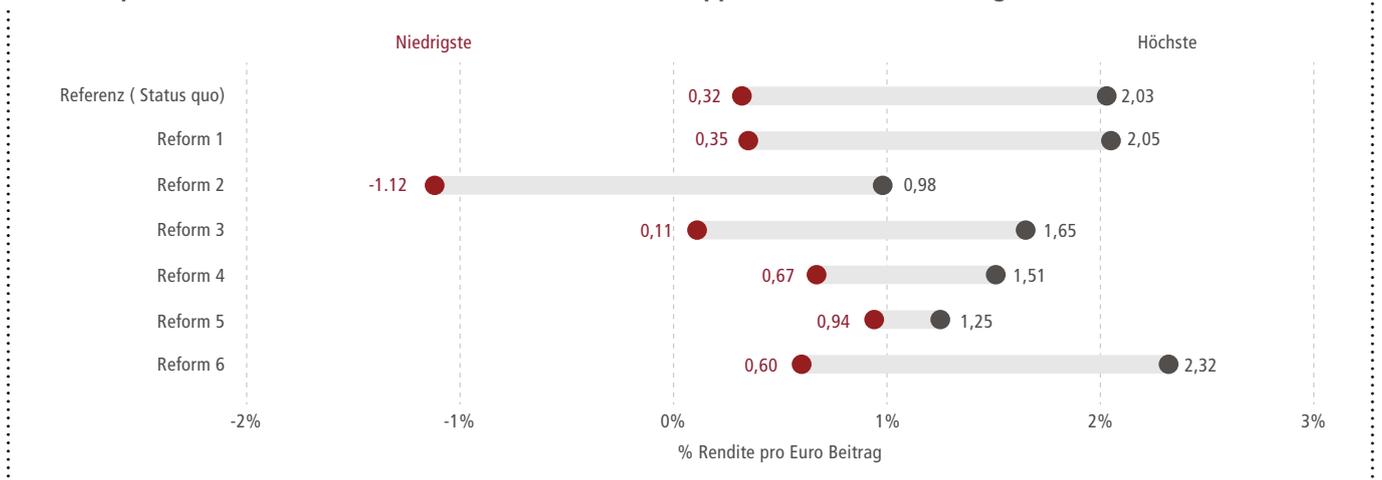


Abb. 1: Die Abbildung zeigt, wie viel Prozent Rendite eine Person des Geburtsjahrgangs 1980 im Schnitt pro eingezahltem Euro je nach Reform in der Rentenphase erhalten würde. Die einzelnen Reformen sind auf der folgenden Seite erläutert. Die roten Punkte stehen für sozioökonomisch schlecht gestellte Menschen, die schwarzen Punkte für Menschen in den sozioökonomisch stärksten Gruppen. Die Referenz ist das aktuelle österreichische Rentensystem. Reform 5 ist ein Vorschlag der Autor\*innen. Quelle: Eigene Berechnungen

Unsere Rentensysteme basieren darauf, dass Ressourcen von der erwerbstätigen Bevölkerung hin zu der älteren Bevölkerung, die nicht mehr im Erwerbsleben steht, umverteilt werden. Diese Umverteilung fair zu gestalten, ist nicht trivial. Die Systeme müssen nachhaltig gesichert werden, nachkommende Generationen dürfen nicht über Gebühr belastet werden und innerhalb der Gruppe der Rentner\*innen müssen die vorhandenen Ressourcen gerecht verteilt werden. In den meisten Industrieländern altert die Bevölkerung. Angesichts dieser Entwicklung sehen sich die meisten Regierungen genötigt, Rentenreformen einzuführen, um ihre sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu sichern. Reformvorschläge gibt es viele. Dazu gehören unter anderem die Anhebung des Renteneintrittsalters, das Einführen von finanziellen Anreizen beziehungsweise Abschreckungen für Spät- oder Frühverrentung sowie die Verknüpfung des Rentenwerts mit der verbleibenden Lebenserwartung. Diese Reformvorschläge berücksichtigen aber meist nicht, dass sozioökonomisch besser gestellte Menschen eine höhere Lebenserwartung haben als Menschen, die ärmer und schlechter ausgebildet sind. Die Kluft zwischen diesen beiden Gruppen hat sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr vergrößert. Diese ungleiche Verteilung der Lebenserwartung führt dazu, dass sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen die Renten derjenigen mitfinanzieren, die länger leben. Will man dieser Ungerechtigkeit begegnen, muss die Politik bei zukünftigen Rentenreformen nicht nur die insgesamt steigende Lebenserwartung berücksichtigen, sondern auch das individuelle Altern. Auch hierzu

gibt es Überlegungen. So könnte man beispielsweise Menschen den gleichen Ertrag aus ihren Einzahlungen in die Rentenkasse zuteilwerden lassen. Dafür müsste man an den Beitragssätzen oder den Auszahlungen drehen. Unterschiedliche Beitragssätze könnten allerdings zu ungewollten Arbeitsanreizen führen, deswegen wird diese Option von der Politik meist nicht in Erwägung gezogen. Populärer sind Vorschläge, bei der die Rentenleistung verändert wird. Aber auch da ist nicht auszuschließen, dass dies falsche Anreize schafft. Bei einer Rentenreform, die berücksichtigen soll, dass Menschen verschiedener sozioökonomischer Gruppen unterschiedlich altern, müssen also viele Aspekte erwogen werden.

Miguel Sánchez-Romero und Alexia Prskawetz vom Vienna Institute of Demography der Österreichischen Akademie der Wissenschaften haben gemeinsam mit ihrem Kollegen Philip Schuster vom österreichischen Fiskalrat diese Aspekte unter die Lupe genommen. In einer Studie, die in der Fachzeitschrift „Journal of Pension Economics and Finance“ erschienen ist, haben sie sich angeschaut, welche Umverteilungseffekte verschiedene Rentenreformen haben würden. Sie haben ein Modell entwickelt, das ihnen ermöglicht zu untersuchen, wie sich sechs verschiedene Reformen auf zwei verschiedene Geburtsjahrgänge, nämlich auf die Jahrgänge 1980 und 2000, und auf unterschiedliche Bereiche des sozialen Sicherungssystems in Österreich auswirken würden. Die einzelnen Reformen, die sie betrachtet haben, sind im Kasten auf der nächsten Seite kurz beschrieben.

## Mögliche Reformen des Rentensystems

### REFORM 1: Nachhaltigkeitsfaktor

Ein Nachhaltigkeitsfaktor wird eingeführt, der sicherstellt, dass der Sozialversicherungsbeitrag 22 Prozent nicht überschreitet. Wenn der maximale Sozialversicherungsbeitragssatz erreicht ist, werden die Renten gesenkt.

### REFORM 2: Längere Lebensarbeitszeit

Die Rentenformel wird von 45–65–80 auf 50–70–80 umgestellt. Arbeitnehmende, die 50 Jahre lang Beiträge gezahlt haben und mit 70 Jahren in Rente gehen, erhalten dann 80 Prozent ihres durchschnittlichen Arbeitseinkommens.

### REFORM 3: Gesamtdauer der Erwerbstätigkeit

Die Länge der Erwerbstätigkeit wird berücksichtigt. Damit wird nicht mehr „bestraft“, wer früher in Rente geht, sondern die Gesamtdauer der Erwerbstätigkeit wirkt sich auf die Rentenhöhe aus.

### REFORM 4: Anpassung an die erwartbare Lebenserwartung

Die Rentenhöhe für eine\*n Arbeitnehmer\*in im Alter X wird angepasst, indem die Differenz zwischen der durchschnittlichen Lebenserwartung der Kohorte im Alter X und der spezifischen Lebenserwartung des Arbeitnehmers / der Arbeitnehmerin im Alter X berücksichtigt wird.

### REFORM 5: Anpassung an Lebenserwartung und Einkommen

Die Rentenhöhe wird auf Grundlage von zwei Faktoren angepasst: der relativen Lebenserwartung der betreffenden Person im Vergleich zur höchsten und niedrigsten Lebenserwartung innerhalb der Kohorte und der relativen Position des Lebenseinkommens der betreffenden Person im Vergleich zum höchsten und niedrigsten Lebenseinkommen innerhalb der Kohorte.

### REFORM 6: Höhere Leistungen am Anfang der Rentenzeit

Personen, die eine kurze Lebenserwartung haben, können am Anfang der Rentenzeit höhere Leistungen beziehen als am Ende.

Abb. 2: Für die beschriebene Studie haben die Autor\*innen sechs verschiedene Vorschläge für die Reform des Rentensystems untersucht. Die Reformvorschläge sind in dieser Tabelle stichpunktartig beschrieben. Reform 5 ist ein Vorschlag der Autor\*innen.

Ein übergeordnetes Ergebnis der Studie ist, dass im aktuellen österreichischen Rentensystem sozioökonomisch besser gestellte Personen im Durchschnitt 1,54 Jahre kürzer in die Rentenkasse einzahlen als Personen mit geringerer Ausbildung, geringerem Einkommen und niedrigerer Lebenserwartung. Ebenso ist der sogenannte „interne Zinsfuß“ für die sozioökonomisch besser gestellte

Gruppe höher. Der interne Zinsfuß (internal rate of return, IRR) ist ein Maß dafür, wie viel man für einen Euro, den man in die Rentenkasse eingezahlt hat, zurückbekommt (siehe Abb. 1, „Referenz“).

Insgesamt zeigten die Ergebnisse der Forscher\*innen, dass Rentenreformen, die eine Erhöhung des Renteneintrittsalters (Reform 2) vorsehen, und solche, bei denen ein Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt wird (Reform 1), aus makroökonomischer Sicht das beste Ergebnis erzielen würden. Und zwar würde bei solchen Reformen die Produktion pro Kopf steigen und sowohl das Verhältnis von Rentenkosten zu Produktion als auch das Verhältnis von Gesamtrentenvermögen zu Produktion im Vergleich zum aktuellen Rentensystem sinken. Diese Reform hätte allerdings einen Pferdefuß: Die Ungleichheit zwischen der Gruppe sozioökonomisch schlecht gestellter Menschen und der sozioökonomisch gut gestellten Gruppe würde in drei wichtigen Parametern wachsen, nämlich in Bezug auf die Lebensarbeitszeit, den internen Zinsfuß und den Wohlstand. Alle anderen untersuchten Rentenreformen sind in Bezug auf die Entwicklung der Produktion pro Kopf weniger günstig, aber dennoch gelingt es ihnen allen, die Rentenkosten und das Rentenvermögen im Vergleich zum aktuellen österreichischen Rentensystem niedriger oder auf gleichem Niveau zu halten. In Bezug auf die Lebensarbeitszeit gelingt es Rentenreformen, die darauf abzielen, die Heterogenität entweder bei den Arbeitsjahren oder bei der Lebenserwartung zu korrigieren (Reformen 3–5), die Ungleichheit zu verringern. Reform 6 hingegen, die vorsieht, Leistungen aus dem Rentensystem am Anfang des Rentenalters vorzuziehen, erhöht die Ungleichheit. In Bezug auf den Zinsfuß sehen die Ergebnisse etwas anders aus. Auch hier verringern die Reformen 4 und 5 die Streuung des Zinsfußes zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die Reform 3, die eine gleiche Erwerbsdauer voraussetzt, hat einen eher vernachlässigbaren Effekt auf die Streuung des Zinsfußes. Reform 6 hingegen erhöht die Streuung des Zinsfußes. Jene Reformen, die der Heterogenität der Lebenserwartung Rechnung tragen (Reformen 4 und 5), führen außerdem zu den geringsten Unterschieden im Wohlstand zwischen den sozialen Gruppen.

Ihre Ergebnisse würden zeigen, dass Rentenreformen aus einer Lebenszyklusperspektive bewertet werden müssten, schreiben die Wissenschaftler\*innen. Man müsse darüber hinaus die Heterogenität zwischen den einzelnen Personen berücksichtigen und diese Heterogenität in verschiedenen Dimensionen bewerten. Solche Dimensionen seien beispielsweise die Nachhaltigkeit und die Umverteilungseffekte zwischen sozioökonomischen Gruppen. Diese Umverteilungseffekte können wiederum in verschiedenen Dimensionen gemessen werden und sollten ebenfalls eine Lebenszyklusperspektive berücksichtigen, wie etwa die Lebensarbeitszeit, den Zinsfuß und den Wohlstand.

WISSENSCHAFTLICHE ANSPRECHPARTNERIN: Alexia Fürnkranz-Prskawetz

KONTAKT: ✉ [afp@econ.tuwien.ac.at](mailto:afp@econ.tuwien.ac.at)

### LITERATUR

Sánchez-Romero, M., P. Schuster and A. Prskawetz: Redistributive effects of pension reforms: who are the winners and losers? *Journal of Pension Economics and Finance* 23(2024)2, 294–320. DOI: 10.1017/S147474722300015X



Wir haben die Website der **Demografischen Forschung aus Erster Hand** überarbeitet:

- Volltextsuche in allen Ausgaben
- Verschlagwortung aller Artikel
- Umfangreiches Archiv
- Grafiken einzeln abrufbar

Möchten Sie die Demografische Forschung aus Erster Hand zukünftig per E-Mail erhalten? Dann schreiben Sie uns eine kurze E-Mail an:

✉ [redaktion@demografische-forschung.org](mailto:redaktion@demografische-forschung.org)

ROSTOCKER ZENTRUM ZUR ERFORSCHUNG DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

# Unerfüllter Kinderwunsch

Allein darauf zu schauen, ob eine Frau Kinder hat oder nicht, ist nicht ausreichend, wenn man über ungewollte Kinderlosigkeit spricht. Und Gründe für die sogenannte „nicht realisierte“ Fertilität gibt es einige.

Der Anteil kinderloser Frauen ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen und lag im Jahr 2022 für die 1973 bis 1977 geborenen Frauen bei 20 Prozent. Deutschland gehört mit diesem Wert zu den Ländern mit der höchsten Kinderlosigkeit in Europa. In einem Übersichtsartikel, der in der Fachzeitschrift „Reproduktionsmedizinische Endokrinologie“ erschienen ist, haben die Wissenschaftlerinnen Anne-Kristin Kuhnt und Heike Trappe von der Universität Rostock einen Überblick zu Kinderlosigkeit und Inanspruchnahme von reproduktionsmedizinischer Assistenz unter demografischen Gesichtspunkten veröffentlicht, der hier in Kurzfassung wiedergegeben wird.

Kinderlosigkeit wird häufig pauschal als „ungewollt kinderlos“ kategorisiert, was dem komplexen Gesamtbild nicht gerecht wird. Der Anteil kinderloser Frauen und Männer sagt nichts darüber aus, ob die bestehende Kinderlosigkeit gewollt oder ungewollt ist. Der gestiegene Anteil Kinderloser im Zeitverlauf kann zum einen für eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz eines Lebens ohne Kinder sprechen, sodass immer mehr Personen ihren kinderfreien Lebensentwurf umsetzen. Auf der anderen Seite kann Kinderlosigkeit ungewollt sein, wenn Frauen und Männer sich Kinder wünschen, aber dieser Wunsch nicht in Erfüllung geht. Den genauen Anteil ungewollt Kinderloser zu bestimmen, ist nicht trivial. Die Fruchtbarkeit von Männern und Frauen nimmt mit zunehmendem Alter ab und der Übergang zur Elternschaft ist in westlichen Gesellschaften voraussetzungsreich und verlangt zum Beispiel eine stabile Partnerschaft, die berufliche Etablierung und die finanzielle Absicherung. Entsprechend kann sich eine temporär gewollte Kinderlosigkeit im Lebensverlauf zu ungewollter dauerhafter Kinderlosigkeit entwickeln. Angesichts dieser Komplexität plädieren die Forscherinnen für eine Sensibilisierung für die Diversität von Personen mit unerfülltem Kinderwunsch, der sowohl Kinderlose als auch Eltern unterschiedlicher Altersstufen betreffen kann. Sinnvoller wäre es deshalb, so die Wissenschaftlerinnen, anstelle von Kinderlosigkeit von nicht realisierter Fertilität zu sprechen.

Um diese „nicht realisierte Fertilität“ genauer zu umreißen, haben sich die beiden Forscherinnen Daten zu reproduktionsmedizinischen Behandlungen angeschaut. Das Durchschnittsalter, in dem sich Frauen und Männer in reproduktionsmedizinischer Behandlung befinden, ist deutlich gestiegen und belief sich im Jahr 2021 bei Frauen auf 35,7 und bei Männern auf 38,6 Jahre. Seit Anfang

der 2000er-Jahre steigen die ART-Behandlungszyklen, die Anzahl der behandelten Frauen und die Zahl der Lebendgeburten kontinuierlich an (siehe Abbildung 1). Außerdem sind mittlerweile fast drei Prozent aller lebendgeborenen Kinder mittels assistierter Reproduktion entstanden. Diese Entwicklung wird zum Teil als Konsequenz des höheren Alters bei der Familiengründung interpretiert. Andererseits wird unter Demograf\*innen auch diskutiert, inwieweit die Verfügbarkeit medizinisch assistierter Reproduktion zunehmend als Bestandteil individueller Fertilitätspläne gesehen wird, die zu einer Verlagerung der Realisierung von Kinderwünschen in ein höheres Lebensalter beiträgt. Außerdem suchen eher ältere verheiratete Personen, die noch kinderlos sind, reproduktionsmedizinische Hilfe. Zudem verfügen diese Personen eher über einen höheren sozioökonomischen Status und seltener über einen Migrationshintergrund. Darüber hinaus nehmen Personen, die in ländlichen Regionen leben, seltener reproduktionsmedizinische Hilfe in Anspruch.

Angesichts dieser Fakten fordern die Forscherinnen, die aktuell für Deutschland bestehende soziale Selektivität im Zugang zu reproduktionsmedizinischen Verfahren zu reduzieren. Der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung adressiert eine Vielfalt der Lebensformen und eine Stärkung der reproduktiven Selbstbestimmung. Die rechtlichen und finanziellen Gegebenheiten der reproduktionsmedizinischen Assistenz würden diesem Anspruch jedoch gegenwärtig nicht gerecht werden. Da der Zugang zu deren Nutzung insbesondere von sozioökonomischen Faktoren abhängt, wäre eine Regelung unabhängig vom Familienstand, vom Alter, von der sexuellen Orientierung und vom Elternchaftsstatus erforderlich.

WISSENSCHAFTLICHE ANSPRECHPARTNERIN: Anne-Kristin Kuhnt  
KONTAKT: ✉ anne-kristin.kuhnt@uni-rostock.de

LITERATUR

Kuhnt, A.-K. und H. Trappe: Demografische Perspektive auf den Kinderwunsch und die Inanspruchnahme reproduktionsmedizinischer Assistenz in Deutschland – Herausforderungen für die Zukunft. Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie 21(2024)1, 6–14.  
Link: <https://www.kup.at/kup/pdf/15512.pdf>

## Entwicklung assistierter Reproduktion in Deutschland 1998–2020

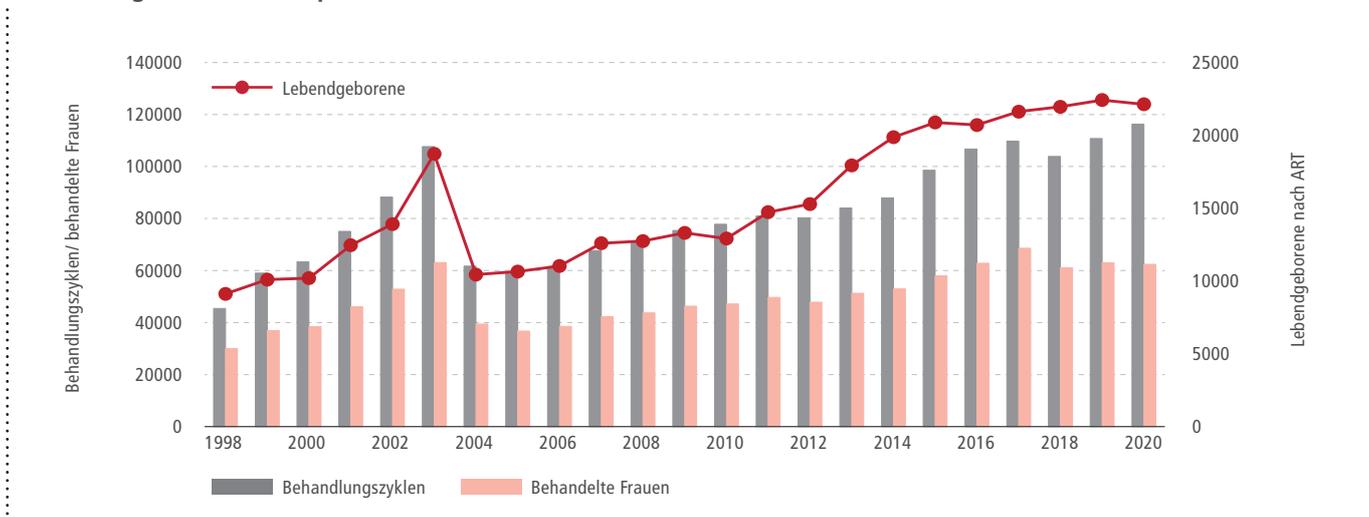


Abb.1: Entwicklung der Nutzung assistierter Reproduktionstechnologien (ART) im Zeitverlauf. Der starke Anstieg und Rückgang im Zeitraum 2002 bis 2004 ist auf eine Gesetzesänderung zurückzuführen. Vor der Änderung wurden von den gesetzlichen Krankenkassensversicherungen die Kosten von vier Behandlungszyklen übernommen, danach nur noch 50 Prozent der Kosten von drei Zyklen. Quelle: D-I-R- Jahrbücher 1999–2021, eigene Berechnungen

## Die Gesundheitskosten ungleicher Sorgearbeit

Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass vor allem die Mütter die Kinderbetreuung übernehmen, wenn die staatliche Kinderbetreuung wegfällt. Das hat gravierende Folgen für ihre Gesundheit.

Die Covid-19-Pandemie hat uns ein Stück weit gezeigt, wie die Welt aussehen würde, wenn es keine zuverlässige Kinderbetreuung in Kita und Schule gäbe. Mit der Schließung von Schulen und Kitas fielen alle Betreuungsangebote weg, was vor allem Mütter zusätzlich belastete. In einer aktuellen Studie, die in der Fachzeitschrift „Demographic Research“ erschienen ist, haben die Forscherinnen Nicole Hiekel vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung und Mine Kühn von der Universität Tilburg (Niederlande) untersucht, wie sich die Kinderbetreuung während den pandemiebedingten Schul- und Kitaschließungen auf die mentale Gesundheit von Müttern und Vätern ausgewirkt hat.

Eine wichtige Erkenntnis der Studie ist, dass ungleiche Betreuungsarrangements zwischen Müttern und Vätern mit geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Gesundheit einhergehen. Die zahlenmäßig größte Gruppe unter all den untersuchten Gruppen ist die der Mütter, die sich sowohl vor als auch während der Pandemie hauptsächlich um die Kinder kümmerten. Der Umfang der Sorgearbeit ist während der Pandemie erheblich gestiegen. Mütter in diesem Betreuungsarrangement berichteten von einem erhöhten Level an Stress, Erschöpfung und Einsamkeit im Vergleich zu vor der Pandemie. Ähnlich erging es Müttern, die erst in der Pandemie den größten Anteil in der Betreuung der Kinder übernommen hatten. Väter in diesen Betreuungsarrangements hingegen verzeichneten in einigen Bereichen sogar eine Verbesserung ihrer mentalen Gesundheit und berichteten von weniger Stress, Erschöpfung und Einsamkeit. Dies könnte mit Veränderungen in ihrem beruflichen Alltag zusammenhängen, etwa dem Wegfall langer Arbeitswege oder der Möglichkeit, sich der Norm, Überstunden leisten zu müssen, besser zu entziehen, vermuten die Forscherinnen.

Die Gruppe der Eltern, die die Sorgearbeit vor und während der Pandemie gleichberechtigt verteilten, berichteten kaum Veränderungen ihrer mentalen Gesundheit. Ähnliches gilt für die ebenfalls kleine Gruppe, in der der Vater während der Kita- und Schulschließungen mehr Betreuung übernahm als vor der Pandemie. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass eine egalitär aufgeteilte Sorgearbeit dazu führt, dass sowohl Mütter als auch Väter trotz gewachsener Belas-

### Unterschiede in der psychischen Gesundheit

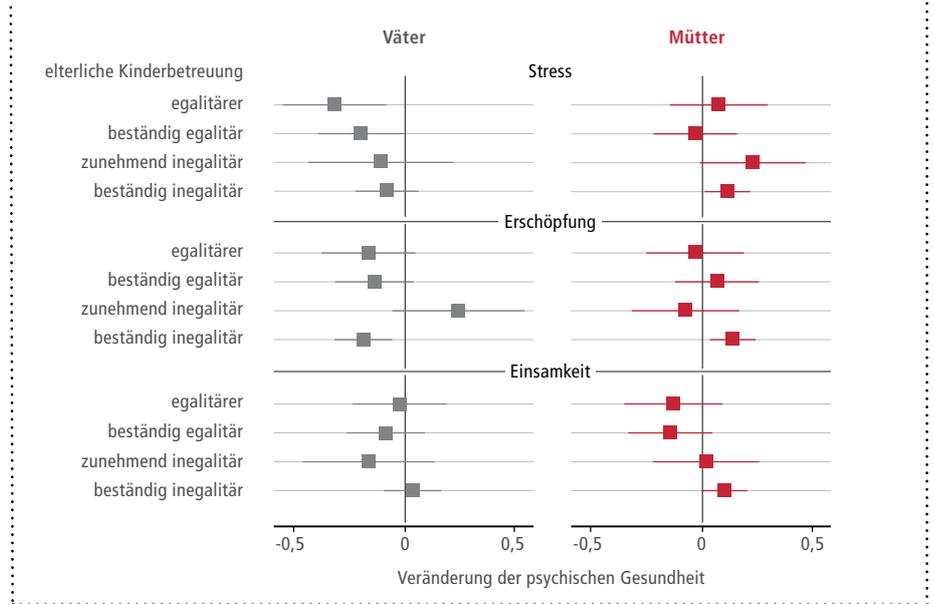


Abb.1: Die Art der Aufteilung elterlicher Kinderbetreuung während der Pandemie beeinflusste die psychische Gesundheit von Müttern und Vätern.

tung widerstandsfähiger sind, so die Forscherinnen. Die Pandemie war also kein großer Gleichmacher in Bezug auf die Aufteilung der Betreuungsarbeit zwischen Frauen und Männern. Die starke geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktverhaltens und die vorherrschenden Geschlechternormen, die sich auch in der Zuweisung von Zuständigkeiten zur Kinderbetreuung ausdrücken, war laut den Forscherinnen kein guter Ausgangspunkt, um Sorgearbeit gerechter neu zu verhandeln. Die Folge ist eine stärkere gesundheitliche Belastung für Mütter, die bei der Bewältigung weggefallener Betreuungsangebote wenig oder keine Unterstützung ihrer Partner erfahren haben.

Auch nach der Pandemie bleiben viele Aspekte der Sorgearbeit ungleich verteilt. Der sich verschärfende Fachkräftemangel in Deutschland führt zu immer unzuverlässigeren institutionellen Kinderbetreuungsangeboten. Eine verlässliche Kinderbetreuung ist jedoch essenziell für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In dieser Sorgearbeit werden Frauen die Leidtragenden sein, vermuten die Forscherinnen. Dies kostet Frauen nicht nur Gesundheit, sondern gefährdet auch

die Errungenschaften hinsichtlich ihrer finanziellen Unabhängigkeiten, wenn sie gezwungen werden, sich vom Arbeitsmarkt weiter zurückzuziehen, um ausfallende institutionelle Kinderbetreuung aufzufangen. Mehr Gleichberechtigung innerhalb von Elternpaaren in der Sorgearbeit wäre ein Ansatz, um die Situation von Müttern zu verbessern. Gleichzeitig bedarf es einer strukturellen Unterstützung von Familien. Davon profitiert langfristig die gesamte Gesellschaft, schlussfolgern die Wissenschaftlerinnen.

#### WISSENSCHAFTLICHE ANSPRECHPARTNERIN:

Nicole Hiekel

KONTAKT: ✉ hiekel@demogr.mpg.de

#### LITERATUR

Hiekel, N. and M. Kühn: Lessons from the pandemic: gender inequality in childcare and the emergence of a gender mental health gap among parents in Germany. *Demographic Research* 51 (2024)3, 49–80. DOI: 10.4054/DemRes.2024.51.3